

Mustervorlage für einen Antrag in der Personalversammlung

Antrag: Titel des Antrags (Forderung des Antrags in Schlagworten)

Antrag:

An dieser Stelle wird der Antrag, den die Personen stellen möchten, formuliert. Es soll keine Begründung aufgeschrieben werden, sondern nur die Forderung!

Folgende Formulierungen könnten verwendet werden:

- Die Personalversammlung fordert den Örtlichen Personalrat auf, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass ...
- Die Personalversammlung der LehrerInnen des Staatlichen Schulamtes Tübingen fordert die Landesregierung auf ...
- Die Personalversammlung möge den Örtlichen Personalrat beauftragen, sich über die Gewerkschaften und Verbände sowie die Stufenvertretung beim Kultusministerium, den Abteilungen 7 der Regierungspräsidien und den Staatlichen Schulämtern dafür einzusetzen, dass ...

Begründung:

An dieser Stelle soll eine Begründung für die Stellung des Antrags geschrieben werden.

Die Begründung sollte den Sachverhalt auf das Wesentliche zusammenfassen. Der gesamte Antrag sollte maximal auf eine DIN A4 Seite beschränkt sein (Schriftgröße 12, Schriftart Calibri).

AntragstellerInnen:

Auflistung aller AntragstellerInnen mit Vor- und Nachname. Es empfiehlt sich, dass ein Antrag von mehr als zwei Personen unterschrieben wird.

Hier noch ein Beispiel aus einem der letzten Jahre zur Orientierung:

Antrag : Angleichung der Besoldung der GS Lehrkräfte nach A13

Antrag:

Die Personalversammlung fordert den Örtlichen Personalrat auf, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass alle Grundschullehrkräfte ebenso nach A13 besoldet werden. Grundvoraussetzung ist hierzu auch eine Angleichung der Studien- und Ausbildungszeit von gleicher Dauer und Qualität.

Begründung:

In der GS werden heterogene Lerngruppen unterrichtet. Grundschullehrkräfte haben mit 28 Stunden das höchste Deputat und im Rahmen der Beratungs- und Diagnostikkompetenz zahlreiche Aufgaben, die in keiner Weise rechtfertigen, dass sie geringer besoldet werden als ihre KollegInnen in der Sekundarstufe.

Des Weiteren ist gerade die GS die Schulart, die bisher die meisten Maßnahmen und Kooperationen im Rahmen von inklusiven Beschulungen umgesetzt hat.

KollegInnen erhalten hierzu keine Entlastung in Form von Anrechnungsstunden.

Ein „Abhängen“ in Ausbildung und Besoldung der GS Lehrkräfte wird auch weitreichende Konsequenzen auf die Anzahl der KollegInnen haben, die sich (nicht mehr) für ein GS-Lehramt entscheiden.

AntragstellerInnen:

Ulrike Pöhler-Rudeck, Matthias Gruner, Magnus Klinzing